

Heutige noch kommende Wahlrechtsreform im Bundestag und „Das Wort zum Sonntag 38. Wochen“

Im Bundestag kommt es heute zu ersten Zusammenkunft - dem Thema: Wahlrechtsreform. Das angestrebte Ziel: 2024 die Wahlkreise von 299 auf 280 zu reduzieren. Somit der Versuch - einer Reduzierung auf 750 Abgeordnete. Wird es dann gelingen: *Erinnert mehr an bisherige Herangehensweisen jetziger PANTEMIE.*

Meine Damen und Herren Abgeordnete - so geht es nicht. Sie alle haben nicht nur die Pflicht - nein, Sie haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt. So wie es auch gestern der Innenminister aus NRW sagte: Jeder Polizist es tat:

”
Es wird morgen keine Fortführung „Das Wort zum Sonntag - ab 38. Woche“ mehr geben.

Warum: *Das Thema wäre POLIZEI, Polizeiverfehlungen, Abänderungen: Es stand schon 2017 - was wurde getan, nichts. Ebenso, wie im Besonderen bei Gerichten - seitens ihrer Vorgesetzten und Dienstanweisungen, aber ganz besonders IHREN Ministern aller Ebenen - im Stich gelassen werden. Alles exakt - war ebenso - bekannt gemacht worden. Liegt allen Institutionen vor. Leugnet deren Existenz und Eingang bis heute.*

Auch diesmal - mit den Schreiben vom 14. September 2020: Oh, das war ja vor wenigen Tagen und vor dem eigentlichen Polizeiskandal: Nur der Bitte den Eingang kurz zu bestätigen, was bis dato auch nicht erfolgte. Wird auch nichts kommen - so dieser Beitrag. Aber nicht so bleiben.

Dazu kommt, die Vermittlung und Herangehensweisen jetziger POLIZEIVERFAHREN gegenüber seinem Volk - sehr nachdenklich stimmt. Genau wieder so vorgeht - wie bisher auch: Alle wirklichen Hintergründe und massive Verfehlungen - von Seiten des Gesetzgebers und somit aller Regierungen - beiseiteschiebt. Selber keine Gründe einer Veränderung zu Gunsten der Polizei - schon jetzt und sofort - sieht. Und da hilft auch keine PANTEMIE

Weder Polizisten, noch ihre Vorgesetzten - überhaupt die Chance - einer Anhörung erhalten, auszuführen haben. Widerspricht dem, was Gesten vermittelt wurde. Ja, Zustände wie eben vor 1945 - einer bestimmt - auszuführen ist.

Und das wissen auch die Polizisten - sind bzw. haben täglich mit der Basis zu tun.

Aber eben nicht nur: Wissen ebenso einige rechtsbrechende Bürger (gibt es ja nach Gesetz nicht in Deutschland - kommt hier nicht auch wieder DDR hervor), speziell dafür eingeschleuste FLÜCHTLINGE und sonstige Gruppen, alle mafiaähnlichen stehenden und aufbauenden Strukturen und viele weitere Gruppen. Deutschland gewährt allen - auch diesen Gruppen - volles freies Handeln zum Nachteil, teils Ausplünderung aller Bürger - im Land. Und wer bekommt es zuerst mit: Die Fleißig uns eigentlich zu schützenden Polizisten, es aber nicht können bzw. nicht dürfen - selbst Opfer auf der Straße und Büros sind. Egal ob auf der Straße oder im Büro, als Bearbeiter aller Gegebenheiten. Und keiner bekommt es mit - auch wieder DDR.

Und hier treffen wieder THEORIE und PRAXIS aufeinander - es keine unterschiedlichsten Welten geben kann:

Wer mindestens 20 Jahre zur Schule ging - inbegriffen Vorschule, nur vermittelt bekommt, wie es zu sein hat - teils über Privatschulen, hat nicht das Recht:

„Über die Köpfe seines Volkes zu bestimmen“. Im BT überwiegend RAs die die Rechtslage kennen, schweigen, es seinen Bürgern überlassen - zu Klagen, sind als unverzeihliche regelrechte „**VERBRECHEN**“ - so die aktuelle Rechtslage - einzustufen. Der Gesetzgeber nicht fähig: Gesetzesmissachtung und Verbrechen zu unterscheiden.

Es fehlen jegliche Voraussetzungen. Da hilft auch nicht sich von Zeit zu Zeit beim Volke zu zeigen bzw. Unternehmen mal aufzusuchen. Beratung ist sicher Wichtig: Sich aber überhaupt nur auf Berater (Lobbyisten und sonstige) einzulassen - sind überwiegend sowieso Unternehmen, wo nicht nur Interessen - sondern auch Ziele stehen, so nicht zulässig.

Letztlich, mit jetzt geforderten „Wissenschaftlichen Studien“ keinesfalls zu lösen. Am Thema vorbei - setzen Note FÜNF - **machen sie sich schleunigst mit dem Thema vertraut.**

Werden somit wieder Professoren angerufen. Wie soll das aussehen: Wird jetzt wieder KARL MARXs Kapital - Band 1 bis 3 geschrieben - halt anders. Das dürfte mehr Beschäftigungstherapie - auf Kosten und zu Lasten seiner Bürger, aber zugleich einer weiteren positiven Stellung jeweiliger Universitäten. Sich auch weiter nichts bei der Polizei ändert. Letztlich Verfahren gegen Beschuldigte -

ebenfalls bei mir ihrer **WÜRDE beraubt** - einige Gesetze verschärft, aber alles so bleibt. Untersuchungen extrem und rechtswidrig - nur einseitig laufen werden. Jedoch nicht wie angekündigt, umfassend: **Eine Auflösung des Parlaments folgte**. Ebenso dem BVerfG. Dort **neue Regeln** ständen.

Warum eigentlich Gesetze neu schaffen oder ergänzen. Gibt es alles schon, will nur keiner anwenden: Darf es nicht entsprechend „Interner Dienstanweisungen, überwiegend geltender Gesetzgebung, nicht konform“ einschließlich der zusätzlichen Anweisungen jeweiliger leitender Dienststellen: Will man seine Tätigkeit behalten.

Diese Aufzeichnungen sind nicht nur untersetzt - ebenso möglich, auch wenn meinerseits die tatsächlichen Hintergründe und tatsächlichen Gegebenheiten noch nicht bekannt sind: Das Vertrauen gegenüber aller Regierungen - im Eimer.

Wer anklagt hat zumindest Ansätze vorzubringen, wie eine Lösung zusätzlich auszusehen hat - nicht meine Aufgabe tiefere Details offenzulegen, was entsprechenden Stellen auch bekannt:

Zunächst, überhaupt erst einmal Spezialisten, dann die Professoren und Beratungsinstitute und Lobbyisten. Wie könnte es aussehen - kurz:

Was steckt dahinter, seit wann tätig (Untergrund) - Internetnutzung erst seit 90ern möglich, was davor - Ursachen:

Verärgerung eben, weil keine Anhörung:

Praxis trifft Theorie - stupide auszuführen ist, Protokolle und Anzeigen schreiben, welche Gerichte nie erreichen, Staatsanwaltschaften und Disziplinarstellen dieser Bemängelungen wegsehen, sogar durch zusätzlich höhergestellte Personen angewiesen wird.

Der Frustabbau nur in Foren möglich ist, um weiter im Dienst zu bleiben. Was soll man sonst machen und wo, hat sich für diesen Beruf entschieden, um gerade diesen Mängeln (schweren Verstößen) entgegenzuwirken. Aber ein Schweigerecht verordnet, zuvor nicht bekannt noch jegliche Vorstellung dazu. Und hier ist besonders die Bereitschaftspolizei betroffen.

Ja eben Foren, so wie vorgegeben gesperrt sind.

Sind es möglicherweise Foren sehr ähnlich Instagramm oder WhatsApp. Auch dort vieles dargestellt (am Leben und Gesetz vorbei) und auch was in diesem Zusammenhang verboten, von vielen Magazinen kopiert oder Prinzipien selbst übernommen. Die Trennung nicht erkennt: Demokratie und Gesetz.

Wo eben bestimmte Symbole, zwar zu verurteilen aber letztlich halt „Andere Smileys“ sind. Wir Bürger werden es nie erfahren, wenn nicht jemand auspackt. Die wahren anfänglichen Texte uns beibringt - offenbart und erklärt.

Bedingt, wegen verfehlter Gesetzgebung, einem Nichtanhören, auferlegter Schweigepflicht - es in Wirklichkeit tun möchte - aber etisch und moralisch nicht darf. Wobei auf dem Wort „es tun“ die Betonung liegt. Es ihrem viel noch höherem Vorgesetzten - es selbst antun möchte. So auch dementsprechend der Text ausfallen könnte.

Hinzu kommt der rechtswidrige Zugriff auf unberechtigten personenbezogenen Datenbanken: Hatte mich dazu schon platziert, hier ergänzend, wird ebenso nachdenklich machen. Wenn es in Deutschland keine zuständigen Stellen gibt, was absolut keiner leugnen kann, selbst Minister den Schreiben oder Hinweisen nicht nachkommen - schweigen. Es sogar selber veranlassen. Politiker und Medien berichten - was so nicht stimmt - noch sich aller Gesetze vereinbart, wenn teils nur - die Verharmlosung schwerster Delikte gegenüber der Polizei

Letztlich aus Sicht der Gesetzgebung entsprechend keine Nachteile entstehen dürfen. Und warum gibt es derartige hässliche Texte - werden wir wohl auch nicht umfangreich erfahren.

Darüber dürfte es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben - die Regierung für einen Rücktritt seht. So die wirkliche Rechtslage.

Und sicher gibt es einen harten Kern, der dann auch zur Verantwortung zu ziehen ist. Wobei, Hintergrund jetziger Zeit oder die Zeit seiner Fortführung vor 1945 und danach zu berücksichtigen (entscheidend) sind. In diesem Fall eine Verjährung - wie bei Mord - nicht eingetreten kann.

Um das, --- „von sich zu schieben“, was Aufgabe aller Ministerien und somit aller Abgeordneten ist - bedarf ebenso einer genauen Feststellung.

Wo bleibt und blieb der psychologische Beistand. Wo ist die eigentliche Schuld zu suchen. Und genau ebenso zu untersuchen. Die Smileys, um überhaupt noch den

täglichen Dienst zu ertragen. Voll im Stich gelassen. Eine Polizei die so nicht zu existieren hat.

Provoziert von einigen Bürgern - bewusst, gefilmt, ins Netz stellt: Ja das Ergebnis mehr: Das Versagen aller Regierungen - nicht jedoch der Polizei anzulasten.

Hat Deutschland eine funktionierende Polizei - ja allerdings mit stark eingeschränkten RECHTEN. Sind wirklich alle in Deutschland - auch Polizisten - gleich.

Dieser Beitrag wurde aus Sicht eines profilings (Profiler) geschrieben. Aus rechtlichen Gründen hier zu erwähnen. Es sind nur extrem wenige Andeutungen - des Verständnis wegen - hier aufgezeigt.

Jena, 18. September 2020

hans.bachmann9@web.de

„

Nun aber zurück – zur Wahlrechtsreform

Sicher ein möglicher Ansatz, nicht aber die Lösung - vieles versäumt, gestritten und die Gesetzgebung (Vorgaben) voll missachtet. So über mehrere Jahre - geleugnet - keine Bereitschaft einer Abänderung gezeigt.

So auch vergessen: Auch das Parlament allen deutschen Gesetzen untersteht. Es somit nicht nur Versäumnisse, nein als schwere STRAFTAT einzustufen, hier das BVerfG derzeit einzige Stelle überhaupt noch ist: Nicht nur zu ERMAHNEN. Letztlich wenn die Zahl von 598 (Wahl 2021) überschritten - die Wahl für ungültig zu erklären - solange 598 überschritten ist.

Jetzt wurde mit Mitteilung vom 14. September 2020 beim BVerfG die Vorstufe geschaffen - bereits 2021, nur 598 zulässig. In Verantwortung dem BJMV - ihrem Minister direkt.

Ist das PARLAMENT und viele TV-Magazine, schon Montag und Dienstag nur noch zum LABERKASTEN verkommen, leider eine sehr berechtigte und unabhängige Feststellung. Sicher ist es schwierig ein solches Amt auszuführen - aber nicht so. Änderungen und Anpassungen kommen aber Jahrzehnte zu spät - es viele nicht mehr erreicht (erreichte). So steht deutsches Recht.